

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postachek-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Postzuschlag.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltast) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26.

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] • Nr 106

FREITAG, 3. MÄRZ 1933

ABEND-AUSGABE

Sindenburg verspricht Wahlfreiheit

Das preussische Episcopat hatte, durch zahlreiche Beschwerden aus katholischen Kreisen veranlaßt, sich an den Reichspräsidenten Sindenburg mit der Bitte gewandt, die Maßnahmen zu treffen, die unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen notwendig erscheinen zum wirksamen Schutz der Wahlfreiheit und der jedem Staatsbürger gleichschuldig gewählten Rechte.

Der Reichspräsident hat daraufhin an den Vorstehenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Fürstbischof Vertram in Breslau folgende Antwort senden lassen:

„Ich bitte Eure Eminenz versichert zu sein, daß ich alles in meinem Kräfte liegende tun werde, um die Wahlfreiheit der Staatsbürger zu sichern und Ausföhrungen im Wahlkampf zu verhindern. Und ich bin auch überzeugt, daß die Reichsregierung von derselben Äußerung geteilt ist. Abschließl. Ihres Schreiben habe ich unverzüglich dem Herrn Reichsanwalt und dem Herrn Reichskommissar für das Land Preußen übersandt.“

Weg gegeben, diese Berichte ein und für allemal abzutun. Ich würde den aufgereizten Kommunisten am nächsten Baum aufgehängt haben, das würde für immer diese jämmerliche Aufregung, daß er einer immerer Agenten gewesen sei, enttrübt haben. Aber diese Äußerung sind etwas zu absurd, um sie ausföhrlich zu diskutieren. Europa sollte ihn, anstatt ihn eines solchen Spieles zu verdächtigen, für die dröckliche Aktion, die er gegen den Bolschewismus einleitet habe, dankbar sein.

Der englische Korrespondent fragte sodann, ob die Gerüchte über eine bevorstehende „Bartholomäusnacht“ irgendwelche Begründung hätten. Sittler antwortete: „Ich habe keine Bartholomäusnacht nötig. Durch die legal ausgehenden Verhandlungen haben wir Gelegenheit, auf legale Weise die Feinde des Staates zu verfolgen und auf legale Weise um mit ihnen auszuhandeln, so daß den Verwirrungen ein Ende gemacht wird.“

Senatsdemission in Hamburg

Rücktritt der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats der freien Stadt Hamburg haben ihren Rücktritt erklärt. Zur Begründung teilt die Senatspresse in Hamburg mit, dieser Schritt sei erfolgt, weil die Reichsregierung so sozialdemokratische Parteiführer, das „Hamburger Echo“, auf 14 Tage verboten habe. Die sozialdemokratischen Senatoren haben, „um, wie die amtliche Erklärung besagt, „Hamburg seine Schwerkriegel zu bereiten, ihre Senatsfrage zur Verfügung gestellt.“

Unter den sechs zurückgetretenen Senatoren befindet sich der zweite Hamburger Bürgermeister E. Hoff und der Polizeisenator Schönfelder. Nach dem Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder besteht der Senat noch aus vier Vertretern der Deutschen Staatspartei und zwei Vertretern der Deutschen Volkspartei. Ihnen fällt nach der Hamburger Verfassung die Aufgabe zu, die freigewordenen Beamte neu zu erteilen.

Eine zwingende Notwendigkeit, aus dem Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren die Konzeption einer neuen Regierungsabteilung zu ziehen, besteht nicht. Es ist aber damit zu rechnen, daß der Versuch gemacht wird, bei dieser Gelegenheit Nationalsozialisten und Deutschnationale zur Regierungsabteilung heranzuziehen. Die Verhandlungen, die dieses Ziel verfolgen, sind kürzlich geplatzt. Ob neue Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen, steht dahin. Der Widerstand maßgebender Kreise der Deutschen Staatspartei besteht unverändert weiter. Selbst wenn nur eine Minderheit der Bürgerschaftsfraktion der Deutschen Staatspartei sich einer Wechselseite widersetzt, wäre es unmöglich, da die Sozialdemokraten und Kommunisten allein nahezu über die Hälfte aller Mandate verfügen. Ausgeschlossen wird unter Umständen das Ergebnis des 5. März sein, weil eine eventuelle Auflösung der Hamburger Bürgerschaft wohl nur dann erfolgen würde, wenn sich die Aussicht auf eine tragfähige Wechselseite ergibt.

Die Deutsche Staatspartei Hamburg teilt mit: „Eine Hamburg- und Berliner Anzeigensatzungen bringen die Meinung, daß neue Verhandlungen über die Senatsabteilung stattfinden und zu einem abschließenden Ergebnis, dessen Einzelheiten gleichzeitig mitgeteilt werden, geführt hätte. Die Deutsche Staatspartei Hamburg ist an solchen neuen Verhandlungen nicht beteiligt gewesen und hat von dem Gerücht der Verhandlungen und ihrem angeblichen Ergebnis erst aus der Presse erfahren.“

Englische Fragen an Sittler

LONDON, 3. MÄRZ

Der Berliner Korrespondent des „Daily Express“, Delmer, hat Sittler über den Reichstagsbrand interviewt. Dieser bezog sich die Behauptung, daß der Brand nicht von Kommunisten angelegt worden sei, als „verdammt lächerlich.“ Natürlich hätte es einen

Eine letzte Frage Delmers hieß, ob die Aufhebung der persönlichen Freiheit zu einem Dauerzustand werden soll. Der Korrespondent antwortete: „Nein, wenn die kommunistische Gefahr überwunden ist, soll die normale Ordnung wieder zurückkehren. Andere Gesetze sind als liberal für mich, um gegen die bolschewistische Unterwelt schnell und drakonisch vorgehen zu können. Ich lehne aber für mich äußerlich bemüht, den normalen Zustand so bald wie möglich wieder herzustellen. Zuerst aber muß die Existenz des Kommunismus vernichtet werden.“

Stahlhelm-Parade vor Sindenburg

Der Stahlhelm-Bund der Frontkämpfer, veranstaltet am Sonntag zu Ehren seines Ehrenmitgliedes, des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Sindenburg, einen großen Vorbereitungsan seiner Wohnung. Etwa 25 000 Mitglieder des Stahlhelm und seiner Unterguppen (kommen sich in den südlichen und nördlichen Feuerstraßen der Charlottenburger Chauffee und marschieren von 4 Uhr ab unter Führung des 2. Bundesführers Oberstleutnant Dillkeberg durch das Brandenburger Tor, über den Breitsche Platz, Unter den Eichen, durch die Wilhelmstraße an der Wohnung des Reichspräsidenten vorbei. Vom Wilhelmplatz aus werden die einzelnen Gruppen geschlossen nach ihren Sammelplätzen zurückgeführt.

Erdbeben-Katastrophe in Japan

480 Tote — Küstenstädte ins Meer gerissen — Springtuf und Brände

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

TOKIO, 3. MÄRZ

Der nördliche Teil der japanischen Hauptinsel Honshü wurde in den frühen Morgenstunden des Freitag von einem katastrophalen Erdbeben heimgesucht, das von dem Geismographen der ganzen Welt registriert worden ist. Das Zentrum der Erdschütterungen lag in Tokio, doch den größten Schaden hat die Katastrophe in den älteren Ortschaften an der R Küste angerichtet. In der Stadt Kamatschi in der Präfektur Iwate wurden nach den Erdstößen über 1000 Häuser von einer Springflut hinweggerissen. Kurze Zeit später brach in der Küstenstadt Strand aus, gegen den die Feuerwerke und Willkommensfesten mahllos waren, und der über 2000 Gebäude, darunter eine Bank und zwei Theater, zerstörte. Bisher wurde festgestellt, daß 480 Menschen den Tod gefunden haben, 330 Personen unversehrt werden vermist, und 1800 haben Verletzungen erlitten.

In der Umgebung der Stadt Mijako wurden ebenfalls Hunderte von Wohnhäusern durch die Flutwelle

ins Meer gerissen. Von hier werden 17 Tote, 15 Verwundete und 30 Vermisste gemeldet. Am stärksten betroffen sind die Bezirke Iwate, Mijagi und Mori. Einige Küstendörfer sind vollkommen durch der Erdbebenfuge verschwunden. 1200 Fischerboote und viele andere Wasserfahrzeuge wurden, zum Teil mit Besatzung, von der Sturmflut ins offene Meer getrieben. Der Grund für die Springflut dürfte in einer ungeheuren Senkung des Meeresspiegels zu suchen sein, die etwa 125 Meilen von der Küste entfernt — wohl gleichzeitig mit dem Erdbeben — eingetreten ist.

In Tokio und Yokohama, die nach der furchtbaren Katastrophe von 1922 zum großen Teil neu aufgebaut worden waren, ist dank der modernen stabilen Bauart nur geringfügiger Schaden angerichtet worden. In Yokohama verurteilte lebhaft auf kurz Zeit die städtische Stromerzeugung. Die Bevölkerung der beiden Hauptstädte dürfte in namenlosen Entsetzen auf die offenen Plätze und wartete hier fundenlang auf nähere Nachrichten über das Ausmaß der Katastrophe.

Die Instrumente der Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena begannen mit der Aufzeichnung der Erdstöße gestern nachmittag um 18 Uhr 45 Minuten 35 Sekunden. Die Gewalt der Erdstößeungen war so groß, daß in Jena die Instrumente gegen die Hemmovertreibung angehängen wurden, so daß die gleiche Bodenabsenkung in Jena größer als anderthalb Kilometer gewesen sein muß. Erst nach über vier Stunden kamen die Apparate wieder zur Ruhe, ein Beweis dafür, daß die Bebenwellen die Erde mehrmals umtreibt haben. Selbst Beben der Anfall haben sie ein so starkes Erdbeben noch nicht ausgehört. Die wertvollste Werte in Stuttgart bezeichnen das Beben als das größte in den letzten 30 Jahren, also seit der Zeit, in der überhaupt zuverlässige Registrierungen vorgenommen werden können. In Stuttgart trat die erste Bebenwelle um 18 Uhr 45 Minuten 10 Sekunden ein. Auf dem kleinen Feldberg im Taunus wurde der erste Einschlag über eine Minute früher verzeichnet. Das Maximum lief um 19 Uhr 16 Minuten.

Der Pariser Diplomatschub

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 3. MÄRZ

Der angekündigte große Diplomatschub in der französischen Auslandsvertretung soll in der nächsten Woche beginnen. Zunächst soll der Minister der politischen Abteilung des Quai d'Orsay, de Gaulle, nach Tokio gehen, um die dortigen Angelegenheiten zu regeln. Der neue Mann soll dort seinen Posten am 15. März einnehmen. Der Präsident Hoover antreten. Dann soll der Londoner Bot-

